



Liebe Leserin, lieber Leser,

mit dieser sechsten Ausgabe von xtraGrün informieren wir Sie zum letzten Mal vor der Kommunalwahl über aktuelle Themen und Entwicklungen der Stadtpolitik. Bei allen Einzelthemen ging und geht es letztlich um Urbanität, Teilhabe und soziale Gerechtigkeit, um mehr Lebensqualität und bessere Zukunftschancen für die Bürgerinnen und Bürger in Stadt und Region.



Diesem Ziel haben wir uns mit der Zeitung seit der ersten Ausgabe verpflichtet. Wir geben Rechenschaft, vertreten unsere Meinung und wir wollen den Dialog, offen, kontinuierlich und nicht nur zu Wahlkampfzeiten. Das gehört für uns zu einer glaubwürdigen Politik. Nehmen Sie uns beim Wort und sagen Sie uns Ihre Meinung. Kritik und Anregungen sind herzlich willkommen.

Wolfgang Friedrich, Fraktionsvorsitzender



Fraktion im Rathaus Kassel  
[www.gruene-kassel.de](http://www.gruene-kassel.de)



Eine Initiative der GRÜNEN lädt zum Mitmachen ein: Welche alternativen Investitionen würden Sie dem Neubau des Flughafens Kassel-Calden vorziehen?

# 150 Ideen für 150 Millionen

Der Neubau des Flughafens Kassel-Calden ist alles andere als beschlossene Sache. Immer mehr Fachleute raten von dem 150 Millionen Euro teuren Projekt ab und warnen vor einer gigantischen Fehlinvestition. Zuletzt hat sich die Deutsche Bank in einem Gutachten gegen den Neubau von Kassel-Calden ausgesprochen. Wir GRÜNEN meinen: aus gutem Grund. Denn neben den ökonomischen Argumenten sprechen auch viele ökologische Gründe gegen die Pläne. Und vor allem: Wir könnten das Geld an anderer Stelle in Nordhessen viel sinnvoller einsetzen.

Ein Flughafen hat einen großen Einfluss auf die Umwelt und die Wirtschaft. Durch Abgase und Lärm würden die betroffenen Menschen einen Niedergang ihrer Lebensqualität erleben. Das Entstehen

einer kleinräumigen und Arbeitsplätze schaffenden Fremdenverkehrs-Infrastruktur würde im Keim erstickt. Wellness-Urlaub und Einflugschneise passen nicht zusammen. Die Chance für ein nachhaltiges Wachstum der gesamten Region, die an den Stärken Nordhessen ansetzt statt Beton in die Landschaft zu gießen, würde verspielt werden.

Wir GRÜNEN sind daher der festen Überzeugung, dass die geplanten Ausgaben von 150 Millionen Euro für Caldén völlig falsch investiert sind. Wir wissen auch, dass viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger konkrete Vorstellungen davon haben, wo es sinnvoll und notwendig ist zu investieren. Wir wollen deshalb mit der Aktion „150 Ideen für 150 Millionen“ eine Initiative starten,

die der Landesregierung und den Verantwortlichen vor Ort zeigt, welche sinnvollen und nachhaltigen Lösungen mit den geplanten Investitionssummen möglich sind. Und da wir überzeugt sind, dass Sie am besten wissen, wo die Probleme sind, bitten wir Sie um Ihre Unterstützung: Machen Sie mit! Sagen Sie uns, wo Sie die 150 Millionen Euro – oder auch nur einen Teil davon – sinnvoll für Nordhessen einsetzen würden.

Mitmachen lohnt sich. Es gibt attraktive Preise zu gewinnen. Mehr darüber unter [www.150ideen.de](http://www.150ideen.de) „150 Ideen für 150 Millionen“ ist eine gemeinsame Initiative der GRÜNEN in Stadt und Landkreis Kassel und der Landtagsabgeordneten Mathias Wagner und Andreas Jürgens.

## Damit alle gewinnen!

GRÜNE setzen mehr Betreuungsplätze durch!

Der Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuung in Kassel ist im vergangenen Jahr entscheidend vorangekommen: Als eine Frucht des vielfältigen Engagements der Eltern ist es der GRÜNEN Fraktion gelungen, das Angebot von 70 vorhandenen Plätzen für unter Dreijährige auf insgesamt 330 Plätze in alterserweiterten Gruppen zu erhöhen und zugleich Qualitätsstandards für die Betreuung zu entwickeln. Mit der Betreuungsquote sind wir auf einem guten Weg, den werden wir GRÜNE in unserer Kinder-, Jugend- und Familienpolitik weiter verfolgen.

Immer tiefer dringt die Erkenntnis in das öffentliche Bewusstsein, wie stark verwoben qualitätsvolle frühkindliche Betreuungsangebote mit späteren Bildungschancen für Heranwachsende, mit Integrationschancen für Migrantenkinder und deren Familien sowie grundsätzlich mit neuen Arbeits- und Berufschancen für die Eltern sind. Eine repräsentative Umfrage der Bertelsmann Stiftung zeigt, dass 87 Prozent der befragten Eltern gute Bildungs- und Betreuungsangebote in Kindergärten als eine Form öffentlicher Unterstützung extrem große Bedeutung beimessen.



Die Betreuung von Grundschulkindern und der konzentrierte Ausbau von Ganztagschulen als eine Form öffentlicher Unterstützung bleibt vorrangiges Ziel GRÜNER Familienpolitik.



Eine von der Stadt Kassel in Auftrag gegebene und von der Universität Kassel ausgeführte Studie zum Bedarf einer „bildungsorientierten Betreuung“ für Kinder unter drei Jahren hat ergeben, dass über 50 Prozent der befragten Eltern eine solche für ihre Kinder bereits ab einem Alter von 18 Monaten begrüßen. Insgesamt müssten hierfür in der Stadt über 1.100 Betreuungsplätze eingerichtet werden. Eine bedarfsgerechte Betreuungslandschaft stellt in Aussicht, dass mehr Eltern, insbesondere Mütter, wieder berufstätig werden und zugleich in den Kitas neue Arbeitsplätze entstehen.

Auch Wirtschaftswissenschaftler sprechen sich unmissverständlich für eine frühe und qualitätsvolle Kinderbetreuung aus. Auf kommunaler Ebene haben sich nach einer Initiative der seinerzeit noch rot-grünen Bundesregierung viele Stadtverwaltungen, Betriebe, Kirchen, Sozialverbände und Freie Träger zusammengeschlossen, um gemeinsam die Situation von Familien zu verbessern. Dies ist mit dem „Bündnis für Familie Kassel“ auch bei uns auf den Weg gebracht worden, ein Bündnis, das sich als Netzwerk für die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien auf allen Ebenen engagiert. Weitere Bausteine sind der Ausbau der Ganztagschulen und der Betreuung von Grundschulkindern.

Karin Müller



Ortsbeirat  
Unterneustadt ... 2



„Kleine Spielstätte“  
für Kassel ... 2

Die Tram gehört in die Mitte! ... 3



Zukunft für den  
Einzelhandel ... 3

Es schwebt was durch die Luft ... 4

Kaputtsparen macht keinen Sinn ... 4



Roger M. Buergele,  
Leiter der  
documenta 12

... 4



## GRÜNE im Ortsbeirat Unterneustadt

Die junge Unterneustadt rückt in die Mitte

Durch die Neubebauung des alten Messeparkes ist die Unterneustadt wieder ins Blickfeld gerückt. Mit vielen neuen Bewohnern ist ein neues Quartier im alten Stadtteil entstanden. So ging es in den letzten Jahren darum, „Alt und Neu“ zusammenzubringen. Wir GRÜNEN haben uns dafür engagiert: im Ortsbeirat, im Forum Unterneustadt, bei insgesamt vier Bürgertreffen, mit den Straßenfesten in der Blücherstraße, der Christophstraße und in der Mühlengasse. Wir können heute sagen: In wenigen Jahren ist ein attraktiver Stadtteil mit eigener Identität entstanden, der mit seiner Lebensqualität auch ein wenig an das „Dörfchen“ vergangener Zeiten erinnert. Wir wollen Stadt und Menschen wieder näher an den Fluss bringen: In den kommenden Jahren wird es entscheidend sein, wie es gelingt, neue Wege in die Innenstadt und ebenso von der Stadt an und über den Fluss zu erschließen. Wir wollen die Entwicklung der Wegeverbindung über die Karl-Branner-Brücke und den Entenanger zum Königsplatz weiter voranbringen. Im Ortsbeirat werden wir uns für die Fuß- und Radwegverbindung zwischen Universität, Pferdemarktviertel, Karlishospital zur Unterneustadt als Tor zum Kasseler Osten einsetzen (Stichwort: Salzmannfabrik).

Die Älteren sollen sich weiterhin wohl fühlen in der Unterneustadt. Hier gilt es, die Nahversorgung mit Dingen des täglichen Bedarfs sicher zu stellen. Schulen und Kinderbetreuung gilt unsere große Aufmerksamkeit, damit die Unterneustadt auch in Zukunft jung bleibt.



Karl Schöberl,  
Schreinermeister, verheiratet,  
drei Schafe – lacht gern!

Joachim Schleissing,  
Galerist, verheiratet,  
drei Kinder – feiert gern!



## Langes Feld

Auch wenn SPD und CDU schon die Bagger bestellen wollen, wir GRÜNE bleiben dabei: „Das Lange Feld bleibt frei!“ – Gutachter lassen keine Zweifel daran, dass das Lange Feld für die Kasseler Innenstadt ein wichtiges Gebiet zur Entstehung von Kaltluft ist und nicht durch andere Flächen kompensierbar wäre.

## 25 Jahre GRÜNE Fraktion in Kassel

Was, so lang gibts die hier schon? Eine vorübergehende Erscheinung, ein Bündnis, das außer- und innerparlamentarische Opposition bündelt, eine Vereinigung von Protestwählern – so ähnlich sah man das damals. Bis heute? Wie hat es angefangen? Welche Themen waren aktuell? Sind sie aktuell geblieben? Wo sind die Aktiven von damals? Mischen sie immer noch mit oder hat es sie längst zu anderen Aufgaben getrieben?

1981 kamen erstmals fünf GRÜNE Abgeordnete ins Kasseler Rathaus. Doch damit nicht genug, wurden sie auch gleich in die politischen Entscheidungen eingebunden, denn sie vereinbarten eine Kooperation mit den Sozialdemokraten. Das war damals die weitestgehende Zusammenarbeit von Rot/GRÜN in einer Großstadt – ein bundesrepublikanisches Novum, das für Aufsehen sorgte.

Wer die Geschichte nicht kennt, der kann die Zukunft nicht gestalten. Nach 25 Jahren kann ein Rückblick auf die Entwicklung der GRÜNEN nicht schaden. Wir wollen mit einer Chronik die einzelnen Stationen dieser Entwicklung beleuchten. Das Licht auf helle aber auch dunklere Flecken der Fraktionsgeschichte lenken. Nach einem furiosen Start mit der Kommunalwahl im März

Wie es genau dazu kam und wie es dazu führte, einen ständigen Spagat zwischen Partei und Fraktion hervorgerufen, das wird in der Chronik – im März 2006 – nachzulesen sein. Dazu gehören auch Oppositionserfahrungen, innerparteiliche Auseinandersetzungen, zeitweilige Zusammenarbeit mit der CDU und GRÜNE Amtsträger im Magistrat. Gabriele Dumeier

## Ihre GRÜNEN AnsprechpartnerInnen in der Nachbarschaft

Mitte: Gertrud Hahner ☎ 7 39 63 62 · Ina Rudolph-Lösel ☎ 77 76 46  
Süd: Kerstin Saric ☎ 2 77 29 · Roland Schäfer ☎ 2 57 89  
West: Karin Müller ☎ 3 16 52 25 · Willi Schaumann ☎ 77 59 32  
Dr. Hans-Helmut Nolte ☎ 1 88 33  
Wehlheiden: Ute Mayer ☎ 3 16 29 44 · Dr. Marianne Hornung-Grove ☎ 2 18 63  
Klaus Hansmann ☎ 28 29 96  
Wilhelmshöhe / Wäldershausen: Dr. Gisela Wiegand ☎ 3 16 10 53  
Birgit Hesse-Ogieva ☎ 3 16 13 94 · Johanna Bornhütter ☎ 31 51 83  
Brasselsberg: Dieter Neuber ☎ 40 45 92  
Süsterfeld / Helleböhn: Dr. Ulrike Arndt-Ladleif ☎ 3 29 53  
Harleshausen: Sabine Stern ☎ 9 88 00 58 · Klaus Röbig ☎ 88 45 87  
Kirchditmold: Dr. Hermann Flux ☎ 6 74 44 · Eckhardt Wagner ☎ 6 62 81  
Elisabeth König ☎ 6 86 39  
Nord / Holland: Medard Flinner ☎ 89 18 39  
Philippinenhof / Warteberg: Karl-Heinrich Sippel ☎ 8 33 64  
Fasanenhof: Gerhard Kähler ☎ 8 70 01 72  
Wesertor: Armin Schreier ☎ 8 70 04 43 · Vincenz Grünow ☎ 87 60 82  
Wolfsanger / Hasenhecke: Christof Nolda ☎ 87 47 00  
Bürgerliste Bettenhausen: Alfons Fleer ☎ 57 18 57 · Dr. Uwe Egen ☎ 5 41 42  
Forstfeld: Hans-Peter Faber ☎ 5 10 13 71  
Waldau: Jürgen Blutte ☎ 57 80 42  
Niederzwehren: Benjamin Elizalde ☎ 9 41 39 36  
Bürgerinitiative Oberzwehren: Friedhelm Weißbäcker ☎ 4 35 20  
Klaus Gnau ☎ 9 41 69 47  
Nordhausen: Karl-Heinz Großkurth ☎ 40 36 20  
Jungfernkopf: Joachim C. Otto ☎ 8 16 87 77  
Unterneustadt: Karl Schöberl ☎ 57 62 73 · Joachim Schleissing ☎ 57 66 61

## „Kleine Spielstätte“ für Kassel

Der Kulturbahnhof bietet als Standort für einen neuen urbanen Veranstaltungsraum attraktive Vorteile und Chancen.



In Kassel fehlt ein Saal für ca. 300 Personen. Der Kulturbahnhof bietet sich als Standort für eine 'Kleine Spielstätte' an.

Im Rahmen der Bewerbung Kassels als europäische Kulturhauptstadt wurde u. a. auf Initiative der Kasseler Musiktage die Idee einer kleinen Spielstätte für ca. 300 Personen entwickelt. Die Vision sieht den Bau oder Umbau eines Saales zu einem „akustischen Idealraum“ vor, der u. a. für Kammermusik, Jazz, Lesungen, Tanz, kleine Theater- und Kindertheaterproduktionen genutzt werden könnte. Die vorhandenen Säle in Kassel verfügen entweder über bis zu 99 Sitzplätze oder ab 500 Plätze, die von vielen Veranstaltern geforderte Kapazität dazwischen gibt es nicht. Der neue Saal müsste sich durch eine außergewöhnlich gute Akustik und eine gelungene, ansprechende Architektur auszeichnen. Ein Gastronomiebereich im Foyer würde zum Verweilen vor und nach den Veranstaltungen einladen. Die Initiatoren des Projektes möchten eine Machbarkeitsstudie erstellen lassen, die die potenziellen Standorte in der Stadt Kassel untersucht, die Investitions- und Betriebskosten ermittelt und ein Modell für eine zukünftige Betreiber-Gesellschaft entwickelt. Im Rahmen der Studie soll ebenfalls ein erster architektonischer Entwurf vorgestellt werden.

Die „kleine Spielstätte“ sollte an einem verkehrstechnisch gut angebundenen Ort entstehen. Ein möglicher Standort könnte der Kulturbahnhof sein. Hinter der Ausstellungshalle im Südflügel könnte ein Neubau errichtet werden. Die vorhandene Ausstellungshalle im Südflügel und die „kleine Spielstätte“ in unmittelbarer Nähe der neuen RegioTram Haltestelle wären für die städtebauliche Entwicklung des Quartiers um den Bahnhof ein weiterer wichtiger Schritt.

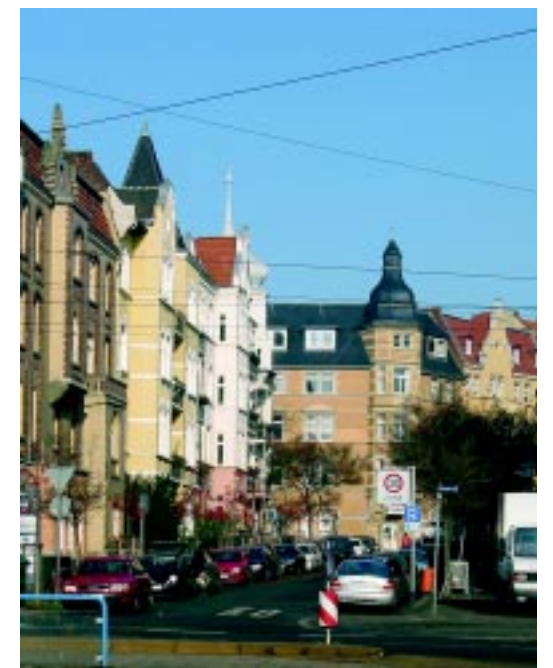
Frank Thöner, Kulturbahnhof e.V.

## Quartier mit Zukunft

Der Vordere Westen ist der einwohnerstärkste Stadtteil Kassels und bietet dank kleinräumiger Strukturen attraktive Möglichkeiten.

Kurze Wege, eine qualitativ hochwertige Lebensmittelversorgung, vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, gute Betreuungsangebote, Raum für Kinder und Jugendliche, Dienstleistungen und Arbeitsplätze: Ein vielfältiges Neben- und Miteinander von Wohnen, Arbeiten und Freizeit sorgen für die Attraktivität des Kasseler Stadtteils Vorderer Westen. Von der Kindheit bis zum Alter ist ein qualitativvolles Leben für die rund 15.000 Einwohnerinnen und Einwohner im Quartier möglich. Viele entdecken den Stadtteil und die vielen Vorteile nach einer Phase des Wohnens im Einfamilienhaus wieder.

Der Stadtteil bietet auch eine Vielfalt von bürgerschaftlichem Engagement, das es von Seiten der



Der Vorderer Westen bietet mit seiner Architektur aus den Zwanziger Jahren eine angenehme Wohnatmosphäre.

Stadt zu unterstützen gilt. Dafür setzen sich die GRÜNEN im Stadtteil und im Stadtparlament erfolgreich ein. Aber auch dafür, dass diese vorteilhaften Strukturen des Vorderen Westens langfristig in den anderen Stadtteilen wirken. In Schlagworten bedeutet das: gute Betreuungsplätze, gute Infrastruktur, Verhinderung von großen Einkaufszentren auf der „grünen Wiese“, Ausbau von Radwegen, attraktive Möglichkeiten des Wohnens auch für Ältere sowie sozial und kulturell gemischte Wohnquartiere, die Integration auf selbstverständliche Weise fördern.

Konkret haben sich die GRÜNEN im Vorderen Westen zum Beispiel für eine vor kurzem eingerichtete zusätzliche Straßenbahnhaltestelle an der Querallee, die erfolgte Umgestaltung des Bebelplatzes und den Ausbau des ehemaligen Bereitschaftspolizei-Geländes eingesetzt. Dieser Ausbau beginnt bald und trägt nicht nur zur Verbesserung des urbanen Wohnens bei, sondern wertet auch die Friedrich-Ebert-Straße auf, wodurch hoffentlich dem Leerstand von Läden erfolgreich begegnet werden kann. Karin Müller



OK

o.k.computer  
oliver kasten

Friedrich-Ebert-Str. 124 | (direkt am Bebelplatz) | Tel.: 0561 2888289  
Mo-Fr: 10:00-18:30 | Sa: 10:00-14:00



# Endlich fördern und nicht nur fordern

Hartz IV: Die Qualifizierungsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose sind noch stark ausbaufähig



Maßnahmen für Langzeitarbeitslose liegt die AFK weit zurück. Maßnahmen zur Weiterqualifizierung, zur Integration und zur Rehabilitation fallen daunter. Von den Mitteln, die zur Verfügung standen, wurden lediglich 17 Prozent im Jahr 2005 auch tatsächlich ausgegeben. Damit liegt die AFK weit hinter dem Landesdurchschnitt, der bei etwa 25 Prozent liegt. Es kann nicht sein, dass Arbeitslose in 1-Euro-Jobs abgeschoben werden, die Mittel für eine wirkliche Qualifizierung aber ungenutzt an den Bund zurückgegeben werden! Die GRÜNEN werden sich dafür einsetzen, dass auch die AFK ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Förderung der Arbeitslosen nachkommt.

„Kasseler mit Hartz IV zufrieden“ titelte jüngst die Frankfurter Rundschau. Das ist allerdings bestenfalls die halbe Wahrheit. Viele Arbeitslose haben inzwischen zwar durchaus mitbekommen, dass sie mit dem neuen Arbeitslosengeld (ALG II) mehr zur Verfügung haben als vorher. Das gilt vor allem für die bisherigen Sozialhilfebezieherinnen und -bezieher. Viele müssen allerdings auch erhebliche Abstriche machen und sind alles andere als zufrieden.

### Mittel nicht ausgeschöpft

Die Arbeitsförderung Kassel (AFK), eine Gesellschaft von Stadt und Arbeitsagentur, ist mit ihrem Job-Center durchaus erfolgreich bei der Vermittlung von Arbeitslosen. Bis September 2005 wurden 1.760 Personen in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt. Damit liegt die AFK trotz der schwierigen Situation in Nordhessen landesweit auf dem zweiten Platz. Aber bei den Eingliederungs-

Das Fördern ist noch gar nicht richtig angelaufen, da will die neue CDU/CSU/SPD-Bundesregierung weiter fordern: Arbeitslose junge Erwachsene bis 25 Jahre dürfen keine eigene Wohnung mehr haben, sie müssen weiter bei den Eltern wohnen. Die Heranziehung von Unterhaltspflichtigen soll verschärft werden. Und die Zahlungen an die Rentenversicherung für die ALG II-BezieherInnen sollen gekürzt werden – später gibt es also weniger Rente. Damit wird genau das rückgängig gemacht, wofür sich GRÜNE bei der Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe eingesetzt hatten: eine eigenständige Absicherung, Bedarfsgemeinschaften nur bei tatsächlichem Zusammenleben und eine angemessene Einzahlung für die Rente. Fazit: SPD/CDU/CSU vergessen das Fördern und erweitern das Fordern. Dann können auch die Kasseler nicht mehr „mit Hartz IV zufrieden“ sein.

Dr. Andreas Jürgens

# Zukunft für den Einzelhandel



## Ratio-Markt, DEZ, Salzmann: Wie geht es weiter?

Einer wusste es schon immer: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben. Fast sieht es so aus, als ob die einzelnen Gemeinden in der Region eifrig darauf bedacht wären, diesen Spruch auf ihre Gemeinde zu beziehen und vermeintliche Standortvorteile gegeneinander auszuspielen. Dabei wissen inzwischen alle Akteure, dass es durch neue Verkaufsflächen nicht mehr um die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen geht, sondern nur um eine Verschiebung: Schaffe ich dort neue, baue ich sie an anderer Stelle ab.

Schon das Einzelhandelsgutachten aus dem Jahre 2003 bestätigt die guten Einkaufsmöglichkeiten im Raum Kassel. Seit 1990 ist eine Unmenge an Verkaufsflächen hinzugekommen. Heute geht es nur noch darum, ob es für den Verbraucher möglich ist, in seinem nahen Umfeld einzukaufen oder ob er dazu sein Auto benutzen muss.

Die aktuell diskutierte Ratio-Erweiterung bei Baunatal schadet – sollte sie realisiert werden – vor allem den Innenstädten und den Stadtteilzentren. Der Zweckverband Raum Kassel hat sich klar geäußert: Eine Erweiterung entspricht nicht dem „Kommunalen Entwicklungsplan Zentren“, der eine weitere Ausdehnung großflächigen Einzelhandels nicht mehr vorsieht. Auch die Genehmigungsbehörde (Regierungspräsidium) spricht sich gegen eine Erweiterung aus.

Es liegt jetzt also in der Entscheidungsgewalt der politischen Mandatsträger, ein Bekenntnis für ihre Stadtteile und Innenstädte abzugeben und damit auch regional zu denken und zu handeln. Kassel ist mir seiner Ablehnung der DEZ-Erweiterung in eine Vorleistung getreten. Dieter Beig



Enoteca  
**Osteria**  
Weinstube

Jordanstraße 11  
34117 Kassel  
Tel: 0561-77 37 05  
info@osteria-kassel

täglich ab 18 Uhr  
Sonntag Ruhetag



### Wir GRÜNEN wenden uns entschieden gegen eine Verdrängung der Straßenbahn aus der Fußgängerzone.

Der von der SPD, CDU und FDP gefasste Stadtverordnetenbeschluss für die Herausnahme der Straßenbahn aus der Fußgängerzone an den Nachmittagen der Adventswochenenden hat viel Staub aufgewirbelt. „Die Straßenbahn ist ein Problem“ oder „die Straßenbahn stört in der Fußgängerzone“: Dies sind nur einige Äußerungen, die in der von SPD, CDU und FDP ausgelösten Debatte zu hören waren. Während die einen zwar immer wieder betonen, dass der gefasste Beschluss nicht an der generellen Führung der Straßenbahn durch die Fußgängerzone rütteln soll, gibt es wieder andere, die die Straßenbahn am liebsten ganz aus ihr verbannen möchten. Hier wurden von SPD, CDU und FDP Geister gerufen, die nicht mehr so einfach zu vertreiben sind. Wir GRÜNEN haben von Anfang an deutlich gemacht, dass eine Herausdrängung der Straßenbahn aus der Fußgängerzone mit uns nicht zu machen ist. Wir wenden uns gegen jeden Versuch der Imageschädigung der Straßenbahn und deren Verdrängung aus der Fußgängerzone.

### Unnötige Belastungen

Anstatt sich ernsthaft um eine dringend nötige Reduzierung der hohen Feinstaubbelastung zu kümmern, scheinen die Stadtverordneten von CDU, SPD und FDP nichts Besseres zu tun zu haben, als denjenigen, die umweltfreundlich in die

Innenstadt fahren, Steine in den Weg zu legen. Durch die Herausnahme der Straßenbahn aus der Fußgängerzone entstehen weitere Wege. Die Fahrgäste sind zum Teil mit überfüllten Haltestellen konfrontiert und müssen Fahrplanverzögerungen in Kauf nehmen sowie sich an unnötige und ungewohnte Veränderungen der Fahrtrouten anpassen. Für die finanziell ohnehin stark strapazierte KVG stellt die unnötige Verlagerung des Straßenbahnverkehrs darüber hinaus eine zusätzliche finanzielle Belastung dar.

Wir GRÜNEN sehen in der Führung der Straßenbahn durch die Fußgängerzone aber viele Vorteile für die Besucherinnen und Besucher der Innenstadt sowie die Geschäftsleute. Die Kundinnen und Kunden können direkt ins Herz der Stadt und vor die Türen vieler Geschäfte fahren und damit auch ihre Waren bequemer nach Hause bringen. Damit existiert eine Alternative zum Einkauf auf der „grünen Wiese“, die erhalten und gestärkt werden muss. Die flexible Beurteilung, wann die Innenstadt zu voll ist, um die Straßenbahnen durchfahren zu lassen, war bisher bei der KVG und der Verwaltung in guten Händen. Dies sollte auch zukünftig so bleiben: Die Entscheidung darf nicht nach Lust und Laune oder populistischen Erwägungen gefällt werden.

Ottmar Miles-Paul

## Warum wir Kommunalpolitik machen

Über die Motivation und Leitlinien unseres Handelns.



Kommunalpolitikerinnen und -politiker werden oft mit Argusaugen betrachtet. Die einen glauben zu wissen, dass „Politik doch nur ein schmutziges Geschäft“ sei und dass alle, die sich um sie kümmern, irgendwie verdächtig sind. Viele andere blicken uns mitleidig an und bedauern uns wegen des enormen Kraft- und Zeitaufwands, der mit dem Stadtverordnetenmandat verbunden ist. „Hast Du etwa ein Freizeit-Problem, dass Du dir die Abende und die Wochenenden um die Ohren schlägst?“ Ein immer wieder gern geäußertes weiterer Verdacht: „Mediengeilheit“ dränge uns vor die Kameralinse, ans Rednerpult oder ans Verfassen von Presstexten.

### Wir kümmern uns um die Zukunft der Stadt

Die Wirklichkeit ist viel banaler, viel unspektakulärer: Wir wollen die Chance nutzen, die Zukunft unserer Stadt mitzugestalten. Wir wollen unsere Ideen mit den Bürgerinnen und Bürgern diskutieren. Wir wollen mit ihnen gemeinsam Pläne entwickeln, wie sich die Lebensqualität für alle erhöhen kann und wie zukünftig Herausforderungen gemeistert werden sollen.

### Wir wollen diese Ideen umsetzen

Das geht in einer Demokratie nur mit dem Herstellen von Mehrheiten. Die werden entweder durch die Überzeugung der Mehrheit aller Parlamentarier und Parlamentarierinnen erreicht oder durch Absprache und Aushandeln. Überzeugung ist ein edles Ziel; Aushandeln, Kompromisse finden, Zu- und Abgeben ist oft schmerzlich, aber häufig erfolgreicher. Wir machen Politik, um einen Teil unserer Ziele auch dann zu erreichen, wenn wir nicht Mehrheitsfraktion sind. Leitlinie unseres Handelns ist aber immer unsere Glaubwürdigkeit. Kompromisse tragen wir nur dann mit, wenn damit GRÜNE Inhalte nicht torpediert werden.

### Unser Engagement lohnt sich

Politische Arbeit ist mühsam. Sie ist verbunden mit dem Ringen um kleine und große Lösungen und mit dem Werben für Akzeptanz. Aber sie ist auch erfolgreich: Wir haben in den letzten fünf Jahren für Kassel viel erreicht. Ohne die GRÜNE Dezernentin und die Fraktion der GRÜNEN hätte es nicht den beachtlichen Ausbau der Betreuungsplätze für Unter-Dreijährige gegeben; die Qualitätsstandards für die Betreuung von Kindern und Jugendlichen wären deutlich schlechter. Ohne die GRÜNEN-Fraktion wäre die Innenstadt durch die DEZ-Erweiterung von wirtschaftlichem Austrocknen bedroht. Der Verbleib der Straßenbahn in der Innenstadt geht wesentlich auf das Engagement der GRÜNEN zurück. Und auch der Weg Kassels zu einem europäischen „Silicon Valley der Zukunftsenergien“ wäre längst nicht so erfolgreich, wenn wir nicht ständig die Aufmerksamkeit hierauf gelenkt hätten. Helga Weber





## Es schwebt was durch die Luft ...

... doch leider ist dies kein holder Duft: In Kassel sorgt seit einiger Zeit Feinstaub für Schlagzeilen.

### Mehr Tote als im Straßenverkehr

Nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation sterben weltweit acht Millionen Menschen an den Folgen der unsichtbaren Feinstaub-Wolken; davon sind in Europa ca. 100.000, in Deutschland etwa 17.000 Menschen betroffen. Dies sind mehr als doppelt so viele Tote wie durch Unfälle im Straßenverkehr – ein Vergleich, der verdeutlicht, wie gefährlich die Belastung durch Feinstaub ist.

Feinstaub besteht aus kleinsten Partikeln, die nicht zu Boden sinken, sondern in der Luft schweben. Sie belasten Bronchien und Lunge, finden den Weg direkt in viele Organe des Körpers und können zu Atemwegserkrankungen, zu Herz-Kreislaufversagen und zu Lungenkrebs führen.

Im Jahr 2002 hat das Europäische Parlament die sogenannte Feinstaub-Richtlinie in Kraft gesetzt, die Grenzwerte für die maximal zulässige Belastung festlegt. Seit Beginn des Jahres 2005 ist diese Richtlinie in deutsches Recht überführt und damit in ganz Deutschland gültig. Diese Grenzwerte werden in Kassel seit Oktober überschritten, und zwar an allen Punkten der Stadt, wo entsprechende Belastungen gemessen bzw. errechnet werden.

### Landesregierung kneift

Abhilfe kann nur ein Maßnahmenpaket schaffen, das die Summe der Luftbelastungen, die im Wesentlichen vom Verkehr stammen, insgesamt reduziert, und zwar für den gesamten Ballungsraum Kassel. Denn die Feinstaubbelastung in Kassel stammt zum größten Teil nicht aus der Stadt selbst, sondern aus sog. Hintergrundbelastung aus der Region. Es ist gesetzliche Aufgabe des Landes, hier einen entsprechenden Plan vorzulegen, der die Einhaltung der Grenzwerte sicherstellt. Vor dieser Aufgabe hat sich die Koch-Regierung erst einmal gedrückt. Das, was von Wiesbaden als Entwurf vorgelegt wurde, ist bestenfalls weiße Salbe, aber keine wirksame Medizin. Helga Weber

## Kaputtsparen macht keinen Sinn

Jürgen Blutte, haushaltspolitischer Sprecher der GRÜNEN-Fraktion, fordert verantwortungsbewusstes Handeln.



„Die Stadt ist pleite“, „die Stadt muss sparen“, „die Schulden der Stadt gefährden die Zukunft unserer Kinder“, „es ist unredlich, unseren Kindern so viele Schulden zu hinterlassen“. So oder ähnlich wird die Aufstellung des Haushalts 2006 begleitet. Erstaunlich ist allerdings, dass die Sparvorschläge, insbesondere die des SPD-Kämmers Dr. Jürgen Barthel, allesamt den Bereich der Kinder und Jugendlichen betreffen: Weniger für die Jugendhilfe bei Einzelbetreuungsmaßnahmen, weniger für Kindertagesstätten durch Erhöhung der Gruppenstärken, weniger für Jugendbeteiligungsprojekte, weniger für Sicherheit auf Schulwegen. Mit dem Hinweis auf die Zukunft unserer Kinder sollen ihnen heute notwendige Leistungen vorenthalten werden.

Mit uns GRÜNEN ist eine solche Haushaltsentlastungspolitik nicht machbar. Zudem dann nicht, wenn Investitionen in Stahl und Beton (Flughafen, Multifunktionshalle, Staatstheatersanierung) von jeglicher Diskussion ausgenommen sind: Wir wollen bewusst in die Herzen und Köpfe unserer Kinder investieren. Denn jeder Cent, der dort angelegt wird, ist gut angelegt. Jeder Cent, der in präventive Projekte fließt, hilft künftig Geld sparen. Auch das Verbauen der letzten Freiflächen Kassels mit Gewerbe und Wohnhäusern ist nicht der Weis-

heit letzter Schluss. Das Konzept war schon in der Vergangenheit nur bedingt tauglich. Was Entlastung bringen könnte, wäre vielmehr eine schonungslose Aufgabenkritik der Leistungen der städtischen Verwaltung: Werden noch die richtigen Aufgaben erledigt? Die Chance, dies im Zusammenhang der Umstellung von der Kameralistik auf das kaufmännische Rechnungswesen zu verwirklichen, wurde leichtfertig vertan: Alle machen weiter wie gewohnt, nur wird das Ergebnis jetzt anders aufgeschrieben. Unsere mehrfachen Versuche, eine interfraktionelle Arbeitsgruppe zum Thema „Aufgabenkritik“ zu etablieren, fanden leider keinen Widerhall. Warum wohl? Wir bleiben aber dran!

Auch das schonungslose Melken der städtischen Betriebe durch Lohnkürzungen bei den Beschäftigten oder gar ihre Entlassung, um den städtischen Haushalt zu sanieren, sind keine Strategien, die wir mittragen. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik ist mehr als bloßes Wegsparen nicht gesetzlicher Leistungen. Dazu bedarf es Kreativität, Innovation und Mut, alles Eigenschaften, die SPD und CDU nicht haben. Sie haben in den letzten fünfzehn Jahren nur Schulden angehäuft statt strukturelle Veränderungen auf den Weg zu bringen. Und sie bieten keine Aussicht auf Besserung.



... na klar doch oder was mehr: Bei einer Auflage von 25.000 Exemplaren und einer stadtweiten Verteilung lohnt sich eine Anzeige in traGrün  
::: Information und Beratung: 0561-7 39 70 48

## Coiffeur La Mèche

Friseurmeisterin Mualla Bilecen

34117 Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 41  
Tel: 0561-14992 + 7395734  
Fax: 0561-7395733  
E-Mail: coiffeurlameche@aol.com



10 e Gutscheine Einzulösen bei Erstbesuch

Unser Service für Sie – eine Kopfhautmassage ist immer inklusive

## Roger M. Buerger

Der künstlerische Leiter der documenta 12 im Gespräch mit Dr. Klaus Ostermann, kulturpolitischer Sprecher der GRÜNEN

traGrün: Herr Buerger, Sie wohnen jetzt in Kassel. Haben Sie hier schon etwas Bemerkenswertes erlebt?

Buerger: Ich bin ja viel mit dem Kinderwagen unterwegs und finde, die Kasseler reagieren in Stresssituation besonders intelligent. Trotz sehr überfüllter Bahn gelingt es mir immer, mit einer höflichen Bitte, beim Aussteigen den Kinderwagen aus der Gefahrenzone auf die Straße zu bekommen.

traGrün: Stichwort: Ausstellungsort Einkaufszentrum zur Einbindung städtischen Raumes, was steckt dahinter?

Buerger: Bei der Einkaufszentrums-Idee geht es nicht um Kunst per se, sondern um Raumerfahrung und Partizipation am öffentlichen Raum, die heute den Charakter eines Konsumerlebnisses hat, weil dieser öffentliche Raum – beispielsweise die Königsgalerie – de facto schon ein privater Raum ist. Ich empfinde das dann als eine Reduzierung des Gemeinwesens oder auch eines demokratischen Impulses, wenn Partizipation des öffentlichen Raumes nur noch über Konsum oder das Versprechen von Konsum erfolgt. Einerseits finden Armani-Ausstellungen im Guggenheim Museum statt. Die Idee ist, privaten Raum wieder zu veröffentlichen, also andererseits Kunst bei Armani zu zeigen. Das sind Überlegungen zur Form der Ausstellung. Ob das möglich ist, steht noch auf einem anderen Blatt.

traGrün: Bringt das Zeitschriftenprojekt – eine Zeitschrift zu 70 Zeitschriften der Kunstwelt – eine vorzeitige Konsensherstellung über zeitgenössische Kunst. Begreifen wir dann noch das Exemplarische und Experimentelle?

Buerger: Es geht nicht um Konsensbildung. Wenn man fragt, ist die „Moderne unsere Antike“, fragt „was bedeutet das bloße Leben“ oder „was erwarten wir von Bildung in verschiedenen Regionen der Welt“, dann erhält man natürlich ganz, ganz unterschiedliche Antworten. Erst die Präzision der Fragestellung ermöglicht überhaupt eine Konfrontation oder ein Experiment.

traGrün: Wie kommt dann das Globale in die Region?

Buerger: Wir haben ein Forum gegründet, in dem wir die drei documenta-Themen diskutieren und natürlich ist relevant, was diese hier vor Ort bedeuten. Für die Frage nach dem „Schicksal der Moderne“ ist Kassel dann auch ein schlagendes Beispiel, also für die Dialektik von Moderne und Gewalt. Ich würde aber gerne die Kunst, die Künstler und Künstlerinnen davon entlasten, ihre lokalen Kontexte mitdokumentieren zu müssen. Ich kann mir aber vorstellen, im Kulturbahnhof ein Diorama über regionale und globale Kontexte erstellen zu lassen, etwas was Künstler und Künstlerinnen auch machen können.

traGrün: Was ist ein Diorama?

Buerger: Das ist ein Erzählbild der Welt, also nicht ein neues Kunstwerk, sondern ein historisches Verweissystem mit Bildern. Es muss Ihnen klar sein, dass ich hier laut denke, dass ich nicht konkrete Vorhaben beschreibe.

traGrün: Haben Sie Wünsche an die GRÜNEN, an Kulturpolitik, wo können wir unterstützen, helfen?



Foto: Richard Kasiewicz, Copyright by documenta Archiv

Roger M. Buerger, geboren 1962 in Berlin  
1983-87 Akademie der bildenden Künste, Wien  
Student am Institut für Gegenwartskunst  
1986-89 Universität Wien - Philosophie und Ökonomie  
1985-87 Privatsekretär von Hermann Nitsch.  
1990-92 Tutor für Film Studies am Institut für Zeitgeschichte der Universität Wien  
1997-99 Forschungstätigkeit zur Historiografie amerikanischer Nachkriegskunst am MIT und UC Berkeley  
Seit 2001 Dozent für Visuelle Theorie an der Universität Lüneburg (Deutschland).  
2003 Wahl zum Leiter der documenta12

Buerger: documenta ist von parteiübergreifendem Interesse. Die Form der Ausstellung verlangt sehr, sehr viel Vermittlung, weil documenta nach wie vor als eine Vitrine gesehen wird, wo alle fünf Jahre in Kassel Zeug ankommt und gezeigt wird, und lauter Leute aus aller Welt ankommen. Die Idee ist, dass eine Ausstellung selber ein Medium ist, das Publikum involviert. Diese relativ simple Idee muss man eigentlich nicht erklären, denn letztlich hat documenta genau damit angefangen, was man aber immer wieder ins Gedächtnis rufen muss. Es kann auch nur funktionieren, wenn sich möglichst viele an diesem Prozess beteiligen. Ich würde vom Magistrat oder den Repräsentanten der Stadt erwarten, dass sie sich für diese Idee der Ausstellung interessieren, sie nicht als Naturschicksal oder Marketinggag empfinden, nicht als etwas, was alle fünf Jahre passiert, sondern dass sie sich tatsächlich mit der Singularität der Konzeption der documenta 12 plagen.

traGrün: Ab jetzt? Buerger: Ja.

traGrün: Sagen Sie zum Schluss etwas zu den Ausstellungen in der Kunsthalle?

Buerger: Ich kann mir nicht vorstellen, dass es in Kassel zwischen den documenta-Ausstellungen keinen Ort für zeitgenössische Kunst gibt. Man muss sich überlegen, was man mit diesem Haus und seiner Geschichte in der Stadt macht, dazu muss eine Programmdiskussion her. Warum man sich einen solchen Ort leistet, das ist nichts Kasselspezifisches, diese Frage wird überall gestellt, muss auch überall geführt werden. Was ist der Sinn des lokalen Museums? Geht es darum, eine Blockbuster-Show zu haben und damit den Zahnarzt aus München nach Kassel zu bekommen oder geht es darum, dass das Museum hier in den Gesellschaftskörper hinein wirkt und einen Ort der Bindung schafft.

traGrün: Vielen Dank für das Gespräch!



Fraktion im Rathaus

Obere Königsstraße 8, Zimmer W120  
34117 Kassel

Tel. 0561-787-12 94, Fax: 0561-21 04  
E-Mail: info@gruene-kassel.de  
www.gruene-kassel.de

Ihre Ansprechpartnerinnen:  
Ruth Fürsch und Ulrike Kapusta  
Mo. - Do. 8:30 - 14 Uhr, Fr. 8:30 - 12 Uhr  
Bürgerberatung: Mi. 9 - 11 Uhr

Mitglieder der Rathausfraktion:  
Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Dieter Beig, Elisabeth König, Dr. Klaus Ostermann, Ottmar Miles-Paul, Karin Müller, Ute Mayer, Jürgen Blutte  
Dr. Andreas Jürgens  
Mitglieder des ehrenamtlichen Magistrats:  
Annett Martin und Richard Schramm  
Mitglied des hauptamtlichen Magistrats:  
Anne Janz, Dezernentin für Jugend, Schule, Frauen und Gesundheit

IMPRESSUM: V.i.S.d.P.: Kasseler Rathausfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN • Ottmar Miles-Paul  
Redaktion: Wolfgang Friedrich, Helga Weber, Gernot Rönz und Ottmar Miles-Paul  
Mit vollem Namen gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der VerfasserInnen wieder  
Layout: e-BILDWERKE Kassel, www.e-bildwerke.de • Druck: Grafische Werkstätten, Kassel • Auflage: 25.000